

II- 1615 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 11. Okt. 1972

No. 803/J

A n f r a g e

der Abgeordneten KINZL,  
 und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die Auflassung von Steueraufsichtsstellen in Ober-  
 österreich

Die gefertigten Abgeordneten haben davon Kenntnis erlangt,  
 daß auf Grund eines Erlasses des Bundesministers für Finanzen  
 im Bereich der Finanzlandesdirektion Oberösterreich eine Reihe  
 von Steueraufsichtsstellen aufgelöst werden sollen.

Es handelt sich dabei um folgende Steueraufsichtsstellen:

ACH, ASPACH, MATTIGHOFEN, PRECARTEN, UNTERWEISSENBACH, BAD ISCHL,  
 EFERDING, HAAG AM HAUSRUCK, PEUERBACH, WAIZENKIRCHEN, GRÜNBURG,  
 KREMSMÜNSTER, WINDISCHGARSTEN, ENNS, NEUHOFEN AN DER KREMS,  
 St. FLORIAN, GREIN, OBERNBERG AM INN, LEMBACH, NEUFELDEN, ENGEL-  
 HARTSZELL, RAAB, WEYER AN DER ENNS, BAD LEONFELDEN, OTTENSHEIM,  
 ATTERSEE, FRANKENMARKT, MONDSEE, SCHWANENSTADT, LAMBACH.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß diese Maßnahme  
 für die Bevölkerung der erwähnten Orte eine Reihe von Schwierig-  
 keiten mit sich bringt, abgesehen davon, daß es für die Betroffenen  
 mit beträchtlichem Aufwand an Zeit und Geld verbunden ist, wenn  
 sie in einer Steuerangelegenheit zum nunmehr zuständigen Finanzamt  
 kommen müssen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-  
 minister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es den Tatsachen, daß die oben angeführten Finanz-  
 ämter mit 1. Jänner 1973 ihre Tätigkeit einstellen?
- 2) Wenn ja, welches waren die Gründe dafür?
- 3) Sind Sie, Herr Minister, bereit, diese Maßnahme im Interesse  
 der betroffenen Bevölkerungskreise rückgängig zu machen?